

BÜRGERGEMEINSCHAFT FÜR SOLINGEN E.V.

Politischer Leitfaden BfS 2025 - 2030

Politischer Leitfaden der Bürgergemeinschaft für Solingen e.V.

Inhalt

Bürgergemeinschaft für Solingen (BfS)	3
Daseinsvorsorge in Solingen	5
Klimaschutz, Umwelt und Energieerzeugung	5
Städtische Beteiligungen	7
Soziales Solingen.....	7
Sport in Solingen	8
Schule und Bildung	10
Bezirksvertretungen.....	12
Kinder und Jugendliche	13
Familien in Solingen.....	13
Sicherheit in unserer Stadt.....	14
Finanzen unserer Stadt.....	17
Wirtschaft und Arbeit in Solingen	19
Mitbestimmung der Kommunen.....	19
Kulturgestaltung in Solingen	20
Stadtplanung und Verkehr.....	20
Tourismus in Solingen	22
Ehrenamtliches Engagement – Solinger für Solingen	22
Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung für Solingen	23
Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung für Solingen	23

Bürgergemeinschaft für Solingen (BfS)

Bürgergemeinschaft für Solingen - Bürgernahe Politik aus der Mitte der Bevölkerung

Solinger Bürgerinnen und Bürger engagieren sich in ihrer Bürgergemeinschaft für Solingen (BfS) seit Gründung im Jahr 1999 für ihre Stadt und die Menschen, die in ihr leben. Ziel dabei ist es, aus Solingen eine lebens- und liebenswerte Stadt zu machen. Dabei folgen sie stets dem Leitspruch: **Wir tragen Ihre Wünsche ins Rathaus!**

Die BfS ist die erste Gemeinschaft freier Wähler in Solingen und orientiert sich in ihrer Arbeit ausschließlich am Grundsatz

Besser für Solingen

Die BfS zeichnet sich in ihrer Arbeit für die Menschen in Solingen aus durch:

- **100% Bürgernähe** – wir setzen uns transparent für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in Solingen ein
- **100% Unabhängigkeit** – wir vertreten keine spezielle Klientel, stehen weder auf Gehaltslisten von Lobby-Gruppen und beteiligen uns auch nicht an den in der Parteipolitik üblichen Postenschiebereien
- **100% Sachbezogenheit** – für uns steht die Lösung von Aufgaben und keine Partei-Ideologie im Mittelpunkt unserer Arbeit
- **100% Solingen** – nur für Solingen und nur in Solingen

Diese Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der BfS schließt eine Fremdbestimmung etwa durch Landes- oder Bundesvereinigungen oder -verbände aus. Ihre politischen Ziele und ihr politisches Handeln sind daher ausschließlich auf kommunaler Ebene angesiedelt. Die Mitglieder sind ausschließlich ihrem Gewissen unterworfen, einen Fraktionszwang gibt es – anders als in den politischen Parteien - in der BfS nicht.

Die absolute Bürgerorientierung und Bürgernähe werden in der BfS aktiv gelebt. Wir wollen in Solingen den Wandel zu einer Politik erreichen, die den Menschen in allen Generationen und mit ihren jeweils unterschiedlichen Voraussetzungen in den Mittelpunkt stellt. Eine parteiübergreifende und sachorientierte Politik aus der Mitte der Menschen, wie die BfS sie realisiert, misst den Wünschen, Bedürfnissen und Nöten der Solingerinnen und Solinger eine zentrale Bedeutung bei und lehnt jede Form von Radikalismus ab.

„Wir tragen Ihre Wünsche ins Rathaus!“

ist dabei für die Mitglieder der BfS ein Leitsatz und keine leere Floskel, sondern seit vielen Jahren eine anerkannte Praxis. Bürgernähe realisiert die BfS durch viele Instrumentarien: Das *Bürgertelefon für Solingen*, die regelmäßig in den einzelnen Stadtteilen stattfindenden *Bürgerwerkstätten* und offene Fraktionssitzungen sind hierbei die wesentlichen Maßnahmen

der BfS, eben nicht am Bürger „vorbeizuregieren“ oder eine „Politik von oben herab“ zu betreiben. Die BfS setzt sich intensiv für die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger zwischen den jeweiligen Wahlen ein. Die BfS befürwortet daher die auf kommunaler Ebene vorgesehenen Instrumente Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Mit der Realisierung einer Forderung der BfS durch Einrichtung eines „Beirates für Bürgerbeteiligung“, konnte ein wesentlicher Schritt zu mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung geleistet werden, auch wenn weitere Schritte notwendig sind. Die BfS nimmt dieses neue Gremium – im Gegensatz zu den Parteien – ernst und legt großen Wert auf dessen Meinung.

Anders als überregionale Parteien, zeichnet sich die BfS dadurch aus, jederzeit unbürokratische Hilfe zu leisten oder bei offenen Fragen der Bürgerinnen und Bürger Recherchen anzustellen. Bei unklaren Sachverhalten bieten wir Ihnen gern unsere Hilfe an und unterstützen dabei, offene Fragen zu klären. Auf diese Weise wurden in den letzten Jahren sehr viele Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern abschließend geklärt und tätige Hilfen geleistet.

Den vorliegenden Leitfaden versteht die BfS als Richtschnur für ihr politisches Handeln in der Zeit von 2025 bis 2030; auf aktuelle Entwicklungen werden wir jederzeit spontan reagieren. Wir setzen uns dafür ein, dass Solingen für alle Menschen nicht nur lebens- und liebenswert bleibt, sondern sich positiv weiterentwickelt.

Die BfS ist eine Gemeinschaft, die allen engagierten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern offensteht, die sich dabei aktiv für die Belange ihrer Stadt engagieren möchten. Wir laden Sie herzlich ein, die BfS bei einer unserer Fraktionssitzungen, bei unseren Bürgerwerkstätten oder bei unseren sonstigen Veranstaltungen zu besuchen und unsere Arbeit kennenzulernen. Mit der Forderung nach

**Transparenz,
Verbesserung
und Gerechtigkeit**

stellt die BfS ihre politischen Themenbereiche für die nächsten Jahre dar:

Daseinsvorsorge in Solingen

Kernaufgabe der Stadt Solingen ist die Daseinsvorsorge. Die BfS setzt sich für eine effiziente und moderne Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ein.

Alle Aktivitäten, Initiativen und Maßnahmen der Stadt Solingen und ihrer Verwaltung müssen an der Daseinsvorsorge orientiert sein. Dabei ist es wichtig, dass das Allgemeinwohl absoluten Vorrang vor den Interessen einzelner Klientel- und Lobbygruppen behält.

Der Kernaufgabe der Daseinsvorsorge hat sich auch die persönliche Präsentation von Amtsträgern in der Öffentlichkeit unterzuordnen. Gemeinschaft muss den persönlichen Einzelinteressen von Amtsträgern vorgehen.

Daher war und bleibt die Stärkung von Bürgergenossenschaftsmodellen in der Energieerzeugung und in anderen Bereichen Ziel der BfS, welches konsequent weiterverfolgt wird. Das erfolgreich realisierte Konzept einer Energiegenossenschaft bei den Solinger Stadtwerken, ist maßgeblich auf die politische Einflussnahme der BfS zurückzuführen und bildet das Modell für weitere gemeinschaftliche Aktivitäten in allen Bereichen des Lebens in Solingen.

Zur Daseinsvorsorge gehört auch der Zugang zum breitbandigen Internet. Durch Glasfaser-Ausbau muss mittelfristig allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu mindestens 250 Mbit/s ohne Geschwindigkeitsdrosselung ermöglicht werden. Hier muss der Ausbau durch die Stadt noch stärker gebündelt und fokussiert werden, schlussendlich ist dies auch ein Standortfaktor für die gewerblichen Aktivitäten in Solingen.

Dabei ist uns die Digitalisierung der Stadt wichtig, es darf aber keine Bevölkerungsgruppe aufgrund Wissens und Möglichkeit ausgeschlossen werden.

Klimaschutz, Umwelt und Energieerzeugung

Der Schutz unserer Umwelt bzw. ihre Entlastung hat für die BfS hohe Priorität. Eine Förderung des aktiven Klima- und Umweltschutzes ist aus diesem Grund ein Grundgedanke, dem die BfS folgt. Dabei beginnt Klimaschutz insbesondere auf der kommunalen Ebene und im Handeln jedes Einzelnen. Es bedarf daher einer Änderung der Grundhaltung aus Überzeugung, jedoch ohne Zwang.

Die Einschränkung von Freiheitsrechten durch Verbote ist für die BfS erst das letzte Mittel eines aktiven Klima- und Umweltschutzes. Dabei sind Aufklärung, Information, Beratung und Begleitung wichtige Bausteine eines echten Klimaschutzprogrammes, welches die Stadt Solingen bisher noch nicht hat. Die Maßnahmen müssen hierbei transparent für alle eine Verbesserung der Klima- und Umweltbedingungen in unserer Stadt erzielen. Sie müssen jedoch auch gerecht von allen mitgetragen werden, sozialverträglich sein. Klima- und Umweltschutz endet nicht bei den städtischen Gesellschaften und Beteiligungen. Die bestehende Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen muss für diesen Bereich daher stetig weiterentwickelt werden.

Klima- und Umweltschutz wird durch die Etablierung erneuerbarer Energien und einen Prozess des Umdenkens in der Energienutzung erreicht. Die flächenmäßigen Möglichkeiten

der Stadt Solingen mit ihren öffentlichen Gebäuden zur Installation von Photovoltaik-Anlagen müssen ausgeschöpft werden. Gemeinsam mit einem bewussten und verantwortungsvolleren Umgang mit Ressourcen und Energien will die BfS den kommunalen Beitrag zum Erhalt von Klima und Umwelt leisten. Dies bedeutet die konsequente Umsetzung von Einsparungen hinsichtlich des Strom-, Wasser-, Gas- und Ölverbrauchs in allen öffentlichen Gebäuden. Die Stadt Solingen soll ihren Bürgerinnen und Bürgern ein Vorbild sein und den verantwortungsvollen Umgang mit der Natur vorleben.

Die BfS setzt ergänzend auf eine verstärkte Beratung der Bürgerinnen und Bürger im Bereich der Energieeinsparung und -effizienz. Besonders in den Fokus dieser Beratung sollen die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer aber auch die Mieter genommen werden. Innovative Konzepte, wie z.B. Mieterstrom, müssen nun endlich auf kommunaler Ebene eine Umsetzung finden. Die Stadt Solingen muss hierbei beratend und fördernd helfen. Um auch zukünftig günstige Strom- und Fernwärmeerzeugung in Solingen zu sichern, fordert die BfS eine weitere Betreibung des Müllheizkraftwerkes mit optimaler Abgasreinigung. So können auch die Preise für die Müllentsorgung stabilisiert werden. Eine zusätzliche Erweiterung der Stromerzeugung aus der Wasserkraft der Wupper kann aus ökologischen Gründen von der BfS nicht mitgetragen werden. Daher muss die Erzeugung von Strom aus Solarenergie durch den Ausbau der Stromeigenerzeugung durch Blockheizkraftwerke unterstützt werden.

Zusätzlich sollen Beteiligungsmöglichkeiten an der regenerierten Erzeugung von Strom aus Wind und Wasser, möglichst im regionalen Umfeld, noch stärker in den Fokus genommen werden. Dabei wollen wir eine maximale Technologieoffenheit, zur Weiterentwicklung darf es keine Denkverbote geben.

Die BfS strebt ein Begrünungsprogramm für Solingen an, welches die durchaus vorhandenen Möglichkeiten unserer Stadt nutzt. Dachbegrünung, die Reaktivierung von (Vor-)Gärten an Wohngebäuden, Schrebergärten und Patenschaftsmodelle für Straßenbäume hinterlegt die BfS mit konkreten Maßnahmen und will damit den Beitrag der Stadt Solingen im Klima- und Umweltschutz endlich und schnellstmöglich realisieren. Dazu zählt auch ein verantwortungsvollerer Umgang in der Stadtverwaltung Solingen im Themenbereich der Touristik.

Städtische Beteiligungen

Städtische Beteiligungen sollen ihren jeweiligen kommunalen Versorgungsauftrag erfüllen. Dies gilt sowohl für das Städtische Klinikum, die Städtischen Altenzentren, wie auch für die Stadtwerke, das Kunstmuseum, die Volkshochschule, die Technischen Betriebe (vormalige Entsorgungsbetriebe) und alle anderen Beteiligungen gleichermaßen. Sie dienen den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Solingen.

Um diesen jeweiligen kommunalen Versorgungsauftrag erfüllen zu können, bedarf es motivierten und engagierten Personals und einer leistungsfähigen Infrastruktur sowie wirtschaftlicher Stärke. Der Bestand der städtischen Beteiligungen in Personalausstattung und Infrastruktur hat Vorrang vor Renditezielen. Die BfS setzt sich für die Erfüllung der jeweiligen kommunalen Versorgungsaufträge durch städtische Beteiligungen in kommunaler Trägerschaft ein. Sie sorgen für sichere Arbeitsplätze in guter Infrastruktur bei angemessenen wirtschaftlichen Ergebnissen. Sie sorgen gleichermaßen für eine nachhaltige und erreichbare Versorgung von Menschen in Solingen: Familien, Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen.

Mit der BfS wird es auch weiterhin keinen (Teil-)Verkauf von städtischen Betrieben oder Einrichtungen geben. Nicht in jedem Fall ist der Weg „privat vor Staat“ eine bessere Lösung. Die Kooperation und Bildung von Verbänden ist hier die richtige Wahl. Die Einbeziehung externer Berater ist dabei zu reduzieren.

Es muss für die Beteiligungsgesellschaft eine abschließende und tragfähige Lösung für die finanzielle Neuorganisation gefunden werden. Im Rahmen dieser Planung ist auch die Möglichkeit der Reduzierung von Geschäftsführerpositionen zu prüfen und Komplexität abzubauen, zudem muss auch über die Rückverlagerung bestimmter Tätigkeiten in die Kernverwaltung nachgedacht werden.

Außerdem sprechen wir uns für eine strategische Zusammenführung der Wirtschaftsförderung und der Stadtentwicklungsgesellschaft aus, teure Doppelstrukturen kann sich Solingen nicht leisten.

Wichtig bei allen städtischen Gesellschaften ist die Anpassung der Strukturen dahingehend, dass eine bessere Transparenz und Aufsicht durch den Rat der Stadt Solingen und damit letztendlich die Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist. Die Zeit der Gespräche und Verabredungen im Hinterzimmer muss ein Ende haben.

Soziales Solingen

Die Sozialpolitik der BfS gründet sich auf die Grundgedanken von sozialer Gerechtigkeit, Gleichbehandlung der Generationen und Chancengleichheit.

Der zunehmenden (Kinder-)Armut muss entgegengewirkt werden. Eine Ursache ist die Eltern-Armut durch Einkommenslosigkeit bzw. durch zu geringes Einkommen. Hier gilt es auch in unserer Stadt Solingen endlich etwas zu tun.

Angebote, die Hilfe zur Selbsthilfe für Bedürftige ermöglichen, soll die Stadt Solingen in ihrem Bestand schützen und fördern. Hierbei gilt es, professionelle Hilfen mit ehrenamtlichem Engagement stärker aufeinander abzustimmen und trägerübergreifend zum Wohl der Menschen unserer Stadt einzusetzen. Besondere Initiativen und Maßnahmen bedürfen einer besonderen Wertschätzung und Unterstützung (z.B. interkulturelle Jugendarbeit, Streetworker, Adoptions- und Pflegekinder-Initiativen etc.). Dabei sind auch Unterhaltungs- und Bildungsangebote, bezahlbarer Wohnraum, sowie sportliche und kulturelle Angebote der Stadt Solingen für die BfS Maßnahmen, aus unserer Stadt Solingen eine sozialere Stadt zu machen.

Die BfS spricht sich dezidiert und schon seit langer Zeit gegen jegliche Privatisierung des Städtischen Klinikum Solingen und der städtischen Altenheime aus. Diese sollen auch weiterhin im städtischen Besitz verbleiben. Hilfebedürftige Menschen dürfen nicht hinter Gewinnmaximierung stehen.

Die BfS befürwortet nach wie vor das Konzept des Solingen-Passes, der Vergünstigungen insbesondere bei der Inanspruchnahme städtischer Einrichtungen für einkommensschwache Personen und Familien beinhaltet.

Es muss ein umfassendes Controlling von öffentlich geförderten Maßnahmen etabliert werden. Ziel ist hier nicht, dass die wichtigen Maßnahmen im Geld beschnitten werden, sondern dass die definierten Ziele auch erreicht werden. Wenn dies nicht der Fall sein sollte, müssen die Anbieter ihre Maßnahmen anpassen oder diese werden an andere Anbieter vergeben.

Die BfS unterstützt in allen Bereichen die Umsetzung der UN-Konvention zur Inklusion, denn sie muss Ziel in allen Bereichen unserer Stadt Solingen sein. Dies gilt für Menschen mit Behinderungen, Schüler mit geistigen und körperlichen Behinderungen und sozial-emotionalen Problemen, ältere und jüngere Menschen und sozial benachteiligte Menschen. Hierbei ist festzuhalten, dass Inklusion kein Mittel zu Einsparungen im städtischen Haushalt ist. Vielmehr ist es Auftrag in allen Entscheidungen in Solingen, Ausgrenzungen abzubauen und eine inklusive Gesellschaft zu schaffen.

Sozialpolitik für die alle Bürgerinnen und Bürger in Solingen bedeutet auch, mehr für die Schaffung von bezahlbarem Wohnungsbau zu tun. Hier muss sich die Stadt direkt oder über die Tochtergesellschaften noch stärker für die Förderung des Wohnungsbaus in Solingen einsetzen, zudem nicht mit eigenen Aktivitäten bei Anmietungen für eine weitere Steigerung der Mietpreise in Solingen sorgen.

Sport in Solingen

Ein wohnortnaher Zugang zu Sportangeboten für alle Solingerinnen und Solinger ist unerlässlich, unabhängig vom Einkommen oder persönlichen Umständen. Sport bedeutet ein großes Stück Lebensqualität, fördert soziale Kontakte sowie Integration und ist besonders auch für die Gesundheit unserer Kinder eine wichtige Komponente.

Bei vielen Bewegungsangeboten sind im Zuge der Einsparungen die Preise und Gebühren erhöht und die Zuschüsse gesenkt bzw. ganz eingestellt worden (z.B. Ausstattung und Pflege der Spiel- und Bolzplätze, Erhöhung der Eintrittspreise der Hallenbäder, Erhöhung der Hallennutzungsgebühr etc.). Diese Entwicklung darf sich nicht weiter fortsetzen, der Zugang zu den verbliebenen Einrichtungen darf nicht noch zusätzlich erschwert werden!

Das Angebot der Sporthallen wurde in den vergangenen Jahren immer stärker reduziert. Die BfS fordert aus diesem Grund, alle Sporthallen unbedingt für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten. Zudem muss hier ein Plan zur Sanierung und Modernisierung aller Hallen in Solingen erfolgen, um diese auch langfristig für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Ein wichtiges Projekt ist hier die Klingenhalle, hier muss endlich ein tragfähiges und langfristiges Zielbild erarbeitet werden. Dabei muss sichergestellt werden, dass sich eine Restnutzungsdauer von nur einigen Jahren ergibt, eine Flickschusterei verlagert nur Kosten auf künftige Generationen.

Auch in Zeiten rigider Sparmaßnahmen spricht sich die BfS nach wie vor für das von der BfS entwickelte Bäderkonzept aus. Es ist sozial-, finanz- und umweltpolitisch durchdacht. Dabei wurde das BfS-Bäderkonzept im Hinblick auf die dringend notwendige Attraktivierung und Sanierung des Hallenbades Vogelsang als familienfreundliches und behindertengerechtes Bad durch den Neubau und die Erweiterung des Klingenbades um ein weiteres Nichtschwimmer-Becken bereits umgesetzt. Nun gilt es, das wichtige Freibad Heide, das die Bürgerinnen und Bürger in einem Bürgerbescheid einstmals gerettet hatten, zu erhalten und zu attraktiveren. Eine Möglichkeit hierzu könnte die Umwandlung in ein Naturbad sein. Es sollte bei den Bädern vor allem auch darauf geachtet werden, dass allen Kindern der Grundschule die Möglichkeit gegeben wird den notwendigen Schwimmunterricht durchzuführen. Dafür müssen die Bahnzeiten und das zur Verfügung gestellte Personal bei Bedarf angepasst werden.

Die BfS spricht sich zusätzlich weiter vehement gegen eine Erhöhung der Hallennutzungsgebühr für Vereine aus! Behindertensportvereine sollen in ihrem Engagement außerdem durch eine Senkung der Sportstättengebühr unterstützt werden.

Die Sportvereine sind für viele Menschen oft die einzige Möglichkeit, sich sportlich zu betätigen und etwas für ihre Gesundheit zu tun. Sie leisten wichtige Arbeit und übernehmen Aufgaben der Daseinsvorsorge, insbesondere der Gesundheitsvorsorge und -förderung. Aus diesem Grund sollte der Breiten-, Spitzen- und Vereinssport künftig stärker gefördert werden. Hierfür sollte die Stadt ein verlässlicher Partner sein und auf weitere Gebührenerhöhungen oder andere Belastungen verzichten. Die Preise sollten so gering wie möglich gehalten werden.

Der Fokus der BfS im Bereich Sport liegt im Breitensport für möglichst viele Menschen in unserer Stadt. Dabei wird der Leistungssport jedoch nicht aus den Augen verloren. Dort, wo sich in Solingen Spitzensport entwickelt hat oder entwickelt, muss die Stadt Solingen helfend und begleitend mitwirken. Dies gilt für die BfS nicht nur für bekannte Sportarten wie Handball und Fußball, sondern auch für sogenannte „Randsportarten“ (z.B. Faustball, Schach, etc.), die genauso die Anerkennung und Unterstützung durch die Stadt Solingen verdient haben.

Schule und Bildung

Die BfS setzt sich für den Erhalt und die Entwicklung der in der Stadt Solingen bestehenden Schulstandorte ein, um so die Schülerzahlen pro Klasse zu reduzieren. Besonders dies führt zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und zu effizienterem Lernen.

Bildung fängt dabei bereits in den Kindertagesstätten und in der Kindertagespflege an, führt über die wichtige Funktion in der Grundschule bis in den weiterführenden Schulbereich. Für die BfS sind alle diese Komponenten gleichsam für die Entwicklung der Stadt Solingen wichtig und müssen Unterstützung erfahren. Die Vernetzung von frühkindlicher Bildung, Grundschulausbildung und Bildung in den weiterführenden Schulen muss in der Stadt Solingen besser gestaltet werden. Hierzu bedarf es einer grundlegenden Reform der bisher wenig innovativen und effizienten Schulverwaltung der Stadt Solingen.

Die aktuell geltende Satzung zu Elternbeiträgen in der Stadt Solingen will die BfS dahingehend überarbeiten, dass die Lasten fairer und nachvollziehbar verteilt sind. Hierzu ist das aktuelle System zu überarbeiten und in ein zukunftsweisendes zu überführen.

Schule muss einen Raum friedlichen Miteinanders und Lernens bieten. Es gilt für alle Beteiligten, Gewalt und Mobbing (persönliches Mobbing und Cyber-Mobbing) zu unterbinden. Die Stadt Solingen muss hier als Schulträger die nötige Unterstützung leisten, um alle Schüler zu schützen. Das Einbinden von Schulpsychologen, Schulsozialarbeitern und Schüler-Streitschlichtern sind für die BfS geeignete Maßnahmen, die nun endlich umgesetzt werden müssen.

Der Sanierungsstau Solinger Schulen muss weiterhin dringend und schnell abgebaut werden. Hier müssen gleichermaßen die Grundschulen, wie auch alle weiterführenden Schulen (Gymnasien, Gesamtschulen sowie die Berufskollegs) und insbesondere Förderschulen berücksichtigt werden.

Die BfS lehnt insbesondere die Präferenz der unterschiedlichen Parteien für bestimmte Schulformen und bestimmte Schulen ab. Alle Schulformen und Schulen müssen gleichbehandelt werden, leisten sie doch alle ihren jeweiligen Beitrag zum Gelingen des nachhaltigen Bildungsauftrages.

Die BfS setzt sich dafür ein, dass alle Schüler gleiche Chancen im Bildungssystem haben – ganz gleich, woher sie stammen oder welchen sozialen Hintergrund sie haben. Alle Schüler sollen gleichermaßen gefördert und gefordert werden. Hierzu gehören neben den Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichstem Förderbedarf auch die Schüler, die über eine überdurchschnittlich hohe Begabung verfügen.

Die BfS will den Elternwillen bei der Wahl der Grundschule und der weiterführenden Schule berücksichtigen. Zusätzlich sollten aber weitere Maßstäbe bei der Schulwahl hinzugezogen werden. Die Förderschulen und Berufskollegs müssen hier ebenfalls mitbetrachtet werden.

Die BfS sieht es als wichtig an, Grundschüler bei der Orientierung und einem guten Start in ihren weiteren Bildungsweg zu unterstützen. Daher bedarf es frühzeitiger Beratungsgespräche im Hinblick auf die Schulwahl. Die BfS schlägt vor, diese in Grundschulen ab dem zweiten Klassenhalbjahr des dritten Grundschuljahres zwischen Eltern, Schülern und Lehrern einzuführen. Dies trägt dazu bei, die individuellen Möglichkeiten und Bedürfnisse der Schüler realistisch einzuordnen.

Außerdem sollen Schüler die Möglichkeit bekommen, verschiedene weiterführende Schulformen in Schnupperterminen kennenzulernen. Dieses Konzept läuft bereits seit Jahren erfolgreich in Städten wie Hamburg und Berlin. Wieso sollte es also nicht auch in Solingen funktionieren?

Die BfS setzt sich zusätzlich für das Angebot von sprachbezogenen Förderkursen für Kinder und Eltern ein. Diese Kurse verbessern die Sprachfähigkeit und den Ausdruck und sind ein wichtiger Baustein auf dem Weg schulischer und beruflicher Bildung. Sie ermöglichen Kindern eine positive Ausgangssituation und sollten, wenn möglich, bereits im Kindergarten beginnen.

Zu den Vorschlägen der BfS zählt darüber hinaus ein Konzept für die Betreuungssituation in den Schulen. Der (Offene) Ganzttag muss in der Stadt Solingen zwingend ausgebaut werden. Zur Finanzierung ist dabei Bund und Land endlich in die Pflicht zu nehmen.

In Zusammenarbeit mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlichen Kräften sollen Schülern und Eltern Gesprächsangebote offeriert werden. Hier kann es zum Beispiel darum gehen, Alternativen für die Freizeitgestaltung aufzuzeigen oder Eltern bei Problemen mit ihren Kindern zur Seite zu stehen. Ebenso kann die Nichtanwesenheit von Kindern in der Schule in diesen Gesprächen thematisiert werden.

Bereits in der Schule sollen gemeinsame Veranstaltungen Kinder und Jugendliche zu persönlichem Engagement anregen. Denkbare Alternativen sind zahlreich, etwa Sportveranstaltungen, Konzerte oder Aktionen wie Säubern von Spielplätzen etc. Die Schüler sollen ebenfalls die Möglichkeit bekommen, eigene Vorschläge einzubringen. Dies kann schon früh ein Bewusstsein für ein Miteinander in der Gesellschaft und für eigenes Engagement schaffen.

Die BfS bekennt sich ausdrücklich zur Inklusion. Inklusiver Unterricht, bei dem behinderte und nicht-behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden, muss auf die Sekundarstufe I und II flächendeckend ausgeweitet werden, um die Gleichbehandlung und Integration von Menschen mit Behinderungen zu unterstützen. Inklusion muss schulformübergreifend fest im Bildungssystem verankert werden. Dem ausdrücklichen Willen der Eltern nach Beschulung auf einer Förderschule muss die Politik folgen. Für den Erhalt der Schulform „Förderschule“ setzt sich die BfS als ein ebenfalls wichtiger Baustein zu einer gelingenden Inklusion ein.

Der Übergang von Schule in Beruf und Ausbildung muss weiter vorangetrieben werden. Die Verzahnung von Wirtschaftsförderung, IHK und schulischen Angeboten gilt es von städtischer Seite noch zu intensivieren. Die städtischen (Eigen-)Betriebe müssen als Ausbildungsunternehmen bei der Versorgung Solinger Schulabsolventen eine besondere

Rolle einnehmen. Um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Stadt Solingen zu sichern, muss Solingen zu einem Schul- und Bildungsstandort entwickelt werden. Dazu gehören die bestehenden Schulformen genauso wie innovative Konzepte wie z.B. eine stärkere Kooperation mit Universitäten im Umfeld unserer Stadt. Hierbei müssen die kreativen und innovativen Ideen der Schulleitungen und Lehrkräfte endlich durch die Schulverwaltung gefördert werden. Die Quote der Jugendlichen ohne Schulabschluss muss in der Stadt Solingen weiter reduziert werden. Hierzu müssen Übergangs- und Förderangebote entwickelt und umgesetzt werden. Wichtiges Ziel der Solinger Schul- und Bildungspolitik muss es sein, möglichst viele Absolventen unserer Schulen in der Wirtschaft ihrer Heimatstadt einen Einstieg ins Berufsleben und eine dauerhafte berufliche Zukunft zu ermöglichen.

Bezirksvertretungen

Die Bezirksvertretungen sind ein wichtiges Mittel, um Bürgernähe herzustellen und die Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungen vor Ort einzubinden bzw. zu berücksichtigen. Die Bezirksvertretungen sind wichtige Vermittler des Bürgerwillens und müssen politisch ernst genommen werden. Die Arbeit der Bezirksvertretungen und ihre Entscheidungen müssen berücksichtigt werden und nicht durch die Fachausschüsse oder die Stadtverwaltung „einkassiert“, revidiert bzw. nichtbeachtet werden. Kompetenzen und Entscheidungsgewalt der Bezirksvertretungen sollen noch vergrößert werden. Zusätzlich muss die Absprache zwischen den Bezirksvertretungen weiter optimiert werden, um im Vorfeld Kompetenz- und Zuständigkeitsfragen zu klären bzw. gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Die Möglichkeit der direkten Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger muss nach Meinung der BfS noch weiter verstärkt werden, die Bezirksvertretungen noch stärker in Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern treten. Ähnlich dem bürgerorientierten Ansatz der BfS, sollen Bürgerfragestunden ein fester Bestandteil der Sitzungen der Bezirksvertretungen werden.

Ferner sollen die Bezirksvertretungen zukünftig selbst in einer geeigneten Veranstaltungsform den politischen Diskurs und die Meinungsbildung in ihrem Stadtbezirk aktiv fördern. Die Bezirksvertreterinnen und -vertreter der BfS sind vor Ort die ersten Ansprechpartner für politische Fragen und Probleme im jeweiligen Stadtbezirk. Hier können die Bürgerinnen und Bürger Themen direkt kommunizieren. Nur dadurch ist es möglich, sich ein umfassendes Bild zu machen und direkt anzusetzen bzw. Hilfestellungen zu geben sowie Aufklärung zu leisten. Zukünftig müssen die Bezirksvertretungen zu Orten des politischen Engagements und der politischen Diskussion für alle Bürgerinnen und Bürger im Stadtbezirk umgestaltet werden.

Daher sollten die Bezirksvertretungen in der jetzigen Anzahl weitergeführt und auch künftig nicht zusammengelegt werden. Eine weitere Zusammenlegung würde auf lange Sicht ausschließlich Nachteile mit sich bringen, wie z. B. ineffizienteres Arbeiten, bürgerferne Entscheidungen, längere Sitzungen bis in die späteren Abendstunden und im Endeffekt höhere Kosten.

Kinder und Jugendliche

Die BfS legt besonderen Wert auf die Förderung von Kindern und Jugendlichen und den Respekt vor ihren Wünschen – Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und müssen daher unterstützt werden. Auch ihre Vorstellungen werden wir in der politischen Arbeit berücksichtigen.

Mit einer verbesserten und koordinierten frühkindlichen Förderung soll mehr Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt erreicht werden.

Gegen eine weitere Reduzierung der Angebote speziell für Jugendliche spricht sich die BfS eindeutig aus; die Stadt Solingen muss den Zugang zu Kultur-, Sport-, Freizeit- und Bildungsangeboten für Jugendliche weiter gewährleisten und bezahlbar halten. Auch so bleibt eine Stadt für junge Generationen abwechslungsreich und attraktiv, lebens- und liebenswert.

Um Jugendlichen einen optimalen Berufseinstieg zu ermöglichen, muss die Stadt Solingen stärker eine vermittelnde Rolle beim Übergang von Schule und Beruf einnehmen, zum Beispiel durch die Gründung eines Vereins zur Verzahnung von Wirtschaft und Schule, der beiden Seiten die Möglichkeit zum Austausch und zur Kooperation bietet. Durch solche Kooperationen kann vielen Jugendlichen die Berufswahl bzw. der Wechsel in den Beruf erleichtert werden, um so auch der Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit mit adäquaten Maßnahmen zu begegnen. Eine stärkere Förderung der Berufskollegs, denen in diesem Punkt eine ähnliche Vermittlerposition zufällt, sollte hier ebenso angestrebt werden. Ziel der Stadt Solingen muss es, auch aus Nachhaltigkeitsgründen sein, Jugendlichen eine berufliche Perspektive im Stadtgebiet zu bieten. Hierzu muss der Fokus der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Solingen deutlich verändert werden.

Im politischen Bereich muss der Jugendstadtrat viel stärker als bislang eingebunden werden. Entscheidungen, welche die Jugendlichen direkt betreffen, sollten auch dem Jugendstadtrat vorgelegt werden, um so die Möglichkeit einer Positionierung der Jugendlichen zu gewährleisten. Entscheidungen des Jugendstadtrates sollten außerdem stärker respektiert und in der politischen Arbeit berücksichtigt werden. Nur so kann Politik die Bedürfnisse der Jugendlichen erfahren und sich an diesen orientieren, anstatt sich über bestehende Wünsche hinwegzusetzen. Die BfS setzt sich dafür ein, vor allen Entscheidungen politischer Gremien unserer Stadt auch den Aspekt der Auswirkung auf zukünftige Generationen, also unserer Jugendlichen und Kinder verbindlich zu berücksichtigen. Hierzu müssen die Vorlagen zu Gremienbeschlüssen eine Erweiterung erfahren.

Familien in Solingen

Familienförderung nimmt für die BfS einen hohen Stellenwert ein; die Familie vermittelt Werte und Normen und bietet unter entsprechenden Voraussetzungen die besten Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt.

Solingen muss für Familien attraktiv bleiben bzw. werden, um den Zuzug von Familien zu fördern. Familien müssen in Solingen wieder willkommen sein. Dazu zählt etwa ein dem Bedarf angemessenes Betreuungsangebot, auch zu flexiblen Betreuungszeiten, für Kinder unter und über drei Jahren, um berufstätigen und alleinerziehenden Eltern eine wichtige Stütze zu bieten. Der Ausbau von Kindertagesstätten muss vorangetrieben werden.

Jede politische Entscheidung, die Einfluss auf Kinder bzw. Familien nimmt, muss auf ihre Kinder- und Familienfreundlichkeit überprüft werden. Der Zugang zu Freizeiteinrichtungen, Kultureinrichtungen und zu einem vielfältigen Vereinsleben sollte daher nicht weiter durch Gebührenerhöhungen etc. erschwert werden. Auch eine „Familien-Karte“ für die Stadt Solingen kann zu einer Verbesserung der Situation von Familien und zur Attraktivierung der Stadt für Familien beitragen, ebenso wie eine Senkung der Elternbeiträge (etwa für Kindergärten, offene Ganztagsgrundschulen, etc.). Dies führt zu einer Entspannung der finanziellen Situation von Familien.

Die Stadt Solingen muss sich als zuverlässiger und kompetenter Partner für Familien positionieren und auch bei der Erziehung mit Hilfe und Rat zur Seite stehen. Darüber hinaus begrüßt die BfS die Eröffnung von Betriebskindergärten bzw. Kooperationen von Betrieben mit bereits ansässigen Kindergärten. Die Stadt Solingen als Wirtschaftsstandort zu stärken und für Familien attraktiv zu gestalten, lässt sich zusätzlich über eine familienfreundliche Politik, die familienfreundliche Arbeitsplätze schafft, realisieren.

„Frühe Hilfen“ sollen durch den Aufbau stützender Netzwerke für Familien in ihrem erreichbaren Umfeld angeboten werden. Diese Netzwerke sollen städtische und freigemeinnützige psychosoziale sowie gesundheitsfördernde Angebote für Familien umfassen („Dormagener Modell“).

Die BfS schlägt als Maßnahme der Familienförderung außerdem vor, Familien baureife Grundstücke aus dem eigenen Bestand der Stadt Solingen anzubieten. Der Erhalt und die Schaffung bezahlbaren Wohnraumes in der Stadt Solingen sind für die BfS elementare Bausteine einer Familienförderung und bedeuten eine Investition in die Zukunft unserer Stadt.

Sicherheit in unserer Stadt

Aktuelle Umfrage der BfS und die Kriminalitätsstatistiken zeichnen ein deutliches Bild von wachsender Unsicherheit in der Klingenstadt. Viele Bürger fühlen sich nicht mehr sicher – insbesondere in der Innenstadt – und fordern von Politik und Verwaltung entschiedenes Handeln.

Sowohl Daten als auch persönliche Rückmeldungen der Solinger belegen die verschärfte Sicherheitslage. Laut Kriminalstatistik Anfang 2025 stieg die Gewaltkriminalität in Solingen um 11,3 % – ein alarmierender Zuwachs, der durch mehr Überfälle, Körperverletzungen und Messerangriffe spürbar wird.

Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse einer von der BfS durchgeführten Umfrage, dass „Sicherheit und Ordnung“ für die Bürger zu den dringendsten Themen zählt. Viele Teilnehmende gaben an, sich in ihrer Stadt unwohler zu fühlen als noch vor einigen Jahren. In zahlreichen Bürgerkommentaren wird die Sorge deutlich: „Ich möchte keine Angst mehr haben, wenn meine Kinder in der Stadt unterwegs sind“, schreibt eine Mutter stellvertretend für viele. Ein anderer Wunsch lautet, es dürfe keine „Angstplätze“ in Solingen geben – Orte also, die man aus Furcht meidet.

Diese Eindrücke aus der Bürgerschaft decken sich mit den harten Fakten der Statistik und unterstreichen den Handlungsbedarf.

Bürger meiden die Innenstadt – Angst vor bestimmten „Hotspots“

Die Wahrnehmung der Bürger spiegelt die statistischen Trends wider. Immer mehr Solinger meiden abends die Innenstadt, weil sie sich unsicher fühlen. Besonders der Graf-Wilhelm-Platz im Zentrum und der Bereich rund um den Hauptbahnhof (etwa die Unterführung in den Abendstunden) gelten vielen als Angsträume. Dort kommt es vermehrt zu Drogenhandel, Diebstählen oder Belästigungen, was das Sicherheitsempfinden erheblich beeinträchtigt. Familien und ältere Menschen berichten, dass sie diese Orte nach Einbruch der Dunkelheit nach Möglichkeit vermeiden.

Diese Entwicklung ist nicht nur ein subjektives Gefühl einzelner, sondern wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern geteilt – mit der Konsequenz, dass das städtische Leben am Abend leidet und das Vertrauen in die Sicherheit öffentlicher Räume schwindet.

Angesichts dieser Lage wird Kritik an der Stadtverwaltung und den handelnden Akteuren der bisherigen Gestaltungsmehrheit laut. Viele Solinger empfinden es als widersprüchlich, dass die Verwaltung ihre eigenen Gebäude und Mitarbeiter durch private Sicherheitsdienste schützen lässt, während gleichzeitig auf öffentlichen Plätzen ein Mangel an Sicherheitspräsenz herrscht. So wurde bekannt, dass beispielsweise fürs Rathaus und städtische Veranstaltungen private Wachdienste engagiert sind – ein Sicherheitsnetz für die Stadtspitze, das normale Bürger im Alltag vermissen.

„Warum sorgt die Stadt für sich selbst, aber nicht für uns?“ fragen Einwohner in Gesprächen und Online-Kommentaren. Die BfS schließt sich dieser Kritik an: Die Sicherheitsstrategie der Stadt muss alle Bürger einbeziehen, nicht nur die Verwaltungsspitze. Es genügt nicht, Symptome zu verwalten – die Bürger erwarten, dass Rathaus und Politik sich der allgemeinen Sicherheitsproblematik genauso ernsthaft annehmen, wie sie für ihren eigenen Schutz sorgen.

Konkrete Forderungen der BfS für mehr Sicherheit:

Um die Trendwende zu schaffen, hat die Bürgergemeinschaft für Solingen klare Forderungen und Lösungsvorschläge erarbeitet. Diese Maßnahmen sollen sofort umgesetzt werden, um Solingen wieder sicherer und lebenswerter zu machen:

- Mehr sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungsamt: Die BfS fordert eine deutliche Aufstockung der Streifen in gefährdeten Gebieten. Insbesondere an Wochenenden in den Abendstunden (Freitag und Samstag von 19 bis 24 Uhr) muss es verstärkte gemeinsame Patrouillen von Polizei und städtischem Ordnungsdienst geben. Eine sichtbare Präsenz schreckt potenzielle Straftäter ab und gibt den Bürgern ein Gefühl der Sicherheit.
- Bessere Beleuchtung und Überwachung von Angsträumen: Dunkle Ecken und unbeaufsichtigte Plätze begünstigen Kriminalität. Orte wie der Graf-Wilhelm-Platz und die Unterführungen am Hauptbahnhof sollten heller beleuchtet und – wo nötig – mit Videoüberwachung ausgestattet werden. Eine gute Ausleuchtung und Kamerapräsenz erhöhen die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl an diesen Brennpunkten.
- Null-Toleranz-Strategie gegen Clankriminalität und aggressive Gruppen: Gegenüber kriminellen Clans und gewaltbereiten Gruppierungen fordert die BfS ein konsequentes Durchgreifen. Null Toleranz muss die Devise sein – selbst kleinere Gesetzesverstöße dieser bekannten Problemgruppen sollten sofort verfolgt und sanktioniert werden. Die Botschaft muss klar sein: In Solingen ist kein Platz für organisierte Kriminalität und Gewalttäter.
- Mehr Prävention durch Jugend- und Sozialarbeit: Sicherheit lässt sich langfristig nur verbessern, wenn die Ursachen von Kriminalität angegangen werden. Deshalb setzt sich die BfS für eine verstärkte Jugend- und Sozialarbeit ein. Durch Angebote für gefährdete Jugendliche, aufsuchende Sozialarbeit und Präventionsprojekte in Vierteln mit sozialen Problemen soll verhindert werden, dass Frust und Perspektivlosigkeit in Gewalt umschlagen. Investitionen in Bildung, Integration und Sozialarbeit sind Investitionen in die zukünftige Sicherheit.
- Saubere Stadt als Sicherheitsfaktor: Auch die Stadtsauberkeit spielt eine Rolle für das Sicherheitsempfinden. Vermüllte oder verwahrloste öffentliche Räume ziehen Vandalismus und Kriminalität an.

Die BfS fordert daher verstärkte Anstrengungen, Solingens Straßen und Plätze sauber und gepflegt zu halten – von regelmäßigem Müllentsorgen bis zur zügigen Beseitigung von Graffiti und Schäden. Ein gepflegtes Stadtbild schafft ein Umfeld, in dem sich alle wohler und sicherer fühlen.

Diese Forderungen der BfS zeigen: Es gibt konkrete Ansatzpunkte, um die Sicherheitslage in Solingen zeitnah zu verbessern. Nun liege es an Verwaltung und Polizei, diese Vorschläge aufzugreifen und entschlossen umzusetzen.

Klare Botschaft: Jetzt handeln – Sicherheit hat höchste Priorität

Die Bürgergemeinschaft für Solingen verbindet diese Bestandsaufnahme mit einem dringenden Appell:

Jetzt handeln!

Jeder weitere Monat des „politisch korrekten“ Zauderns bedeutet potenziell weitere Opfer von Gewalt und weiteren Vertrauensverlust in unsere Stadt. Die Sicherheit der Bürger muss oberste Priorität haben.

Die BfS wird nicht nachlassen, auf Veränderungen zu drängen. Gleichzeitig ruft die BfS alle Solinger Bürgerinnen und Bürger dazu auf, Druck auf die Verantwortlichen auszuüben. „Sicherheit ist eine Gemeinschaftsaufgabe“ – unter diesem Motto will die BfS gemeinsam mit der Bevölkerung den politischen Entscheidern klarmachen, dass ein Weiter so in Sachen Sicherheit nicht akzeptabel ist.

Jeder kann dazu beitragen: durch Meldung von Vorfällen, durch Beteiligung an Bürgerforen oder einfach indem man gegenüber Politik und Verwaltung immer wieder das Thema Sicherheit anspricht.

Die Botschaft ist eindeutig: Solingen darf keine No-Go-Areas kennen. Mit vereinten Kräften und dem Willen zum Wandel kann erreicht werden, dass sich alle Bürger wieder sicher in ihrer Stadt fühlen – auf dem Graf-Wilhelm-Platz, am Hauptbahnhof und überall sonst. Die BfS steht bereit, konstruktiv an Lösungen mitzuwirken, doch jetzt sind vor allem die Stadtverwaltung und politische Gremien in der Verantwortung. Jetzt gilt es zu Handeln – für ein sicheres und lebenswertes Solingen!

Finanzen unserer Stadt

Die weiterhin schwierige Haushaltslage Solingens erfordert eine unverzügliche Bemühung der Stadt um Hilfe vom Land, Bund bzw. aus Europa. Der Verteilung von Lasten kommt, insbesondere im Hinblick auf die unklare wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land und unserer Stadt eine große Bedeutung zu. Hier müssen die Verantwortlichen in Bund und Land ihren Ankündigungen endlich Taten folgen lassen. Ein ausgeglichener Haushalt ist nach wie vor langfristig erstrebenswert, jedoch wurde den Bürgerinnen und Bürgern in der Vergangenheit bereits viel zugemutet.

Eine Erhöhung von Steuern und Gebühren lehnt die BfS daher ab.

Stattdessen muss endlich eine Gemeindefinanzreform im Sinne der Stadt Solingen im Städtetag weiter forciert werden, um die Zuweisungen aus dem Land NRW und aus dem Bund zu erhöhen.

Es ist noch einmal zu verdeutlichen, dass Solingen und seine Bürgerinnen und Bürger für eine Vielzahl von Maßnahmen finanziell aufkommen, welche durch Bund und Land beschlossen wurden. Diese Vorgehensweise ist nicht weiter hinzunehmen. Gespräche hierzu mit den Akteuren von Bund und Land liefen bislang leider ergebnislos. Viele dieser Positionen wurden unter Mitwirkung unserer Bundestags- und Landtagsabgeordneten abgestimmt. Die BfS spricht sich daher dafür aus, dass sich der Rat der Stadt Solingen künftig regelmäßig mit den Abgeordneten austauscht um erfolgte, aber vor allem auch künftige Beschlüsse kritisch zu hinterfragen. Die gewählten Volksvertreter vertreten in ihren Ämtern die Solingerinnen und Solinger und handeln nicht zum eigenen Wohle bzw. dem Wohle ihrer Fraktion.

Trotz der finanziell schlechten Situation sollten Investitionen in die Infrastruktur weiterhin forciert werden. Bei allen Investitionsentscheidungen sollte jedoch immer die Notwendigkeit und der Nutzen für die gesamte Solinger Bevölkerung betrachtet werden. Projekte sollten nicht, nur weil es einen Zuschuss durch Bund oder Land gibt, realisiert werden, wenn der städtische Anteil für andere, wichtigere Projekte genutzt werden kann.

Eine weitere Steigerung der Einnahmen zum Beispiel aus der Gewerbesteuer soll durch einen Ausbau des Wirtschaftsstandorts Solingen für ansiedlungswillige Firmen und Unternehmen herbeigeführt werden. Dazu ist auch eine durchdachte und zukunftssichere Verkehrsanbindung an den überregionalen Fernverkehr nach wie vor von großer Wichtigkeit.

Hinsichtlich der schwierigen finanziellen Situation ist ein Dialog mit allen anderen demokratischen Fraktionen zwingend notwendig und wurde in den letzten Jahren auch zumeist gelebt. Die künftigen Entscheidungen bezüglich der Finanzen der Stadt dürfen nicht wieder in Alleingängen vollzogen werden. Dies gilt auch für die Maßnahmen und die Kommunikation innerhalb eines Haushaltsjahres.

Insbesondere auf Betreiben der BfS sind die Bürgerinnen und Bürger ab dem Jahr 2010 stärker in die Planungen zur Haushaltskonsolidierung eingebunden worden. Es wurde ein Bürgerbeteiligungsverfahren realisiert, bei dem die Solingerinnen und Solinger online Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung machen konnten. Das eigentliche Ziel der BfS ist jedoch ein echter Bürgerhaushalt, um die Bürgerinnen und Bürger noch stärker an Entscheidungen über die Finanzen der Stadt Solingen zu beteiligen. Die BfS steht daher weiter für die Realisierung eines Bürgerhaushaltes. Weitere Einsparungen können durch unterschiedliche Maßnahmen erzielt werden, zum Beispiel durch weitere kommunale Kooperationen auch mit Städten und Gemeinden der Rheinschiene (Hilden, Langenfeld, Leichlingen, etc.).

Ebenso der Abbau hochbezahlter Führungspositionen auf der Verwaltungsebene und die Neuverteilung der entsprechenden Aufgaben können zu Einsparungen beitragen.

Wichtig ist bei der Besetzung von Stellen, dass diese nicht mehr nach Parteibuch, sondern nach Qualifikation erfolgt. Die bisherige Besetzung von Stellen in der Verwaltung der Stadt Solingen und ihrer Beteiligungen hat bisher zu viele finanzielle Mittel gebunden, ohne dass eine Verbesserung der Leistung erkennbar geworden ist.

Mit der BfS wird es keinen weiteren Verkauf oder Teilverkauf städtischer Betriebe oder Einrichtungen (etwa städtische Altenheime, städtisches Klinikum, Stadt-Sparkasse Solingen und weitere Beteiligungen der Stadt) geben. Ebenfalls schließt die BfS eine spekulative Anlage städtischen Vermögens aus. Eine Anlage zu einem kalkulierbaren Zins mit einem kalkulierbaren Risiko bzw. eine Schuldentilgung aus Barvermögen ist vertretbar. Vermögensanlagen der Stadt Solingen und ihrer Beteiligungen müssen ethisch-nachhaltiger Kriterien folgen. Deren Einhaltung muss regelmäßig nachgeprüft und darüber transparent berichtet werden. Durch eine Neuorganisation der Beteiligungsgesellschaft der Stadt und durch den Aufbau neuer Strukturen kann die Anzahl der Geschäftsführer verringert werden, um auf diese Weise eine Kostensenkung möglich zu machen.

Bei der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Solingen muss auch auf den Bereich „finanzielle Nachhaltigkeit“ mehr geachtet werden. Nicht jede Maßnahme ist trotz eventueller Förderung sinnvoll und notwendig, die vorhandenen wenigen Finanzmittel müssen effizient im Sinne der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden.

Zudem sprechen wir uns für die Einführung differenzierter Hebesätze bei der Grundsteuer B aus, hier muss die finanzielle Schieflage in der Belastung von Wohnimmobilien zu Gunsten von gewerblichen Immobilien beendet werden.

Wirtschaft und Arbeit in Solingen

Die BfS sieht die Stärkung der Solinger Wirtschaft als wesentliche Grundlage eines vernünftigen Lebensstandards Solinger Bürgerinnen und Bürger. Solingen soll nicht zu einer reinen „Schlafstadt“ für die wirtschaftlich besser situierten umliegenden Gemeinden werden. Die Schaffung bzw. der Ausbau von Arbeitsplätzen muss daher eine der vordringlichen Aufgaben der Zukunft sein. Potenziellen Investoren muss die Verwaltung signalisieren, dass sie in Solingen mit offenen Armen aufgenommen werden. Entsprechend lehnen wir eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuersätze in den kommenden Jahren ab.

Die BfS setzt dabei auf zukunftsorientierte Gewerbeansiedlungen. Bestehende Brachflächen sind daher rasch zu reaktivieren und an potenzielle Unternehmen zu vermitteln. Die BfS wird aber auch darauf achten, dass gewerbliche Ansiedlungen nicht zu einer erheblichen Belastung für die Bevölkerung werden.

Ebenfalls wird die BfS darauf achten, dass Industriegebiete stets umweltverträglich sind.

Wichtig ist, dass neue Formen von Arbeitsplätzen (Homeoffice) durch die Infrastruktur in Solingen ermöglicht werden. Dazu zählt ein leistungsfähiges Internet genauso wie Kinderbetreuungsmöglichkeiten, öffentlicher Personennah- und -fernverkehr sowie Straßenanbindungen.

Mitbestimmung der Kommunen

Im Land Nordrhein-Westfalen bedarf es dringend einer zweiten Kammer im Landtag, ähnlich dem Bundesrat im Bund. Darin sollten alle Städte und Gemeinden vertreten sein, ausgestattet mit einem Vetorecht für Gesetze des Landes, welche zur Umsetzung Kommunalverwaltungen und Kommunalfinanzen beanspruchen. Lehnt die zweite Kammer ein Gesetz ab, muss ein Vermittlungsausschuss angerufen werden. Nur so kämen die Kommunen aus ihrer Rolle als „Befehlsempfänger“ des Landes heraus, und nur so kann gewährleistet werden, dass das Land immer wieder Beschlüsse fasst, deren Auswirkungen die Kommunen zu tragen haben. Zur Gegenfinanzierung dieser zweiten Kammer soll der Landtag erheblich verkleinert werden.

Kulturgestaltung in Solingen

Kultur als wichtiger Bestandteil gesellschaftlichen Lebens muss bezahlbar bleiben – für die Besucher ebenso wie für die Stadt Solingen. Daher steht die BfS nötigen Veränderungen im Kulturbereich offen gegenüber; wir sind uns aber darüber hinaus der Tatsache und der Verantwortung bewusst, dass sich eine Gesellschaft auch über Kultur definiert.

Alle Solinger Museen, insbesondere das Solinger Kunstmuseum mit dem Zentrum für verfolgte Künste, sind für die BfS erhaltenswert. Dabei dürfen diese nicht „nach Kassenlage“ geführt werden, sondern bedürfen einer dauerhaften und zukunftsfähigen Finanzierung. Um die Akzeptanz und die Bindung aller Bürgerinnen und Bürger an die Solinger Museen zu steigern, müssen deren Angebote auf die Bürgerinnen und Bürger abgestimmt sein. Gleichzeitig bedarf es einer Vernetzung insbesondere mit den Schulen unserer Stadt.

Die Stadt Solingen lebt auch von ihrer Vielzahl von Festen, Events und kulturellen Aktivitäten. Hier muss die Stadt Solingen Förderer und Ermöglicher und nicht Verhinderer sein. Die gemeinschaftsfördernde Wirkung der Events in unserer Stadt, auch als Publikumsmagnet für den umliegenden Bereich wurde bisher noch nicht richtig erkannt. Hier wird die BfS fördernd und ermöglichend wirken.

Stadtplanung und Verkehr

Besonders die Entwicklung des Verkehrswesens ist für den Schutz von Klima und Umwelt Umwelt von großer Bedeutung. Viele der von der BfS vorgeschlagenen und vertretenen Maßnahmen würden Klima und Umwelt in unserer Stadt und natürlich darüber hinaus erheblich entlasten.

Die BfS befürwortet nach wie vor die Planung bzw. Umsetzung von Kreisverkehren als Alternative zu bestehenden oder geplanten Ampelanlagen, insbesondere an den Hauptverkehrsachsen wie z.B. der Bonner Str. in Ohligs.

Die Fließgeschwindigkeit des Verkehrs wird durch Kreisverkehre nachweislich erhöht, die Wartezeit wird für Autofahrer verkürzt, Klima und Umwelt werden weniger belastet. Insbesondere im Hinblick auf eine sich zukünftig wandelnde (Individual-)Mobilität, sind Kreisverkehre der richtige Weg.

Gemeinsam mit dem Ausbau des Radwegenetzes hin zu sinnvollen, sicheren und zielführenden Radwegstrecken und in Balance zum öffentlichen Personennahverkehr und dem Personenfernverkehr ist die individuelle motorisierte Mobilität innerhalb eines

Gesamtverkehrskonzeptes für die Stadt Solingen einzubetten. Auch die Einrichtung von Zebrastreifen anstelle von Ampelanlagen soll zügig vorangetrieben werden.

Als BfS lehnen wir jedoch jegliche Vorfestlegung und Bevorzugung einzelner Verkehrsträger aus ideologischen Gründen ab. Vielmehr soll es den Bürgerinnen und Bürgern überlassen sein, dass für die eigene Bedürfnisse passende Fortbewegungsmittel zu wählen.

Hierzu muss endlich ein ganzheitliches Mobilitätskonzept für die Klingenstadt Solingen erarbeitet werden und auch die dringend notwendigen Verkehrsentlastungen für Ohligs, Aufderhöhe und Merscheid eingearbeitet werden.

Die Anbindung an den überregionalen Fernverkehr bringt nicht nur eine Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Solingen mit sich, sondern würde parallel das Verkehrsaufkommen in der Stadt entlasten und insbesondere den Schwerlastverkehr deutlich reduzieren. Kürzere Wege für Waren und Menschen sind ein ökonomischer Vorteil, den sich die Stadt Solingen unbedingt zu Nutzen machen sollte. Bei diesem Punkt ist die Anbindung des neuen Industriegebietes Stöcken an die L74 zu forcieren.

Die Anbindung Solingens an das Bundesautobahnnetz wurde aus ideologischen Gründen verhindert, wäre aber ein wichtiger Schritt für unsere Stadt. Entsprechend sind hier in der Zukunft jegliche Chancen auf mögliche Umsetzbarkeit zu verfolgen.

Ebenfalls positiv für den Wirtschaftsstandort Solingen ist die Erschließung und Vermittlung weiterer Solinger Gewerbegebiete an ansiedlungswillige Unternehmen. Hierbei wird die BfS auf die Umweltverträglichkeit und die Belastung für die Bürgerinnen und Bürger ein besonderes Augenmerk legen.

Eine bessere Anbindung der Stadt an das Liniennetz der Deutschen Bahn (insbesondere ICE- und IC-Verbindungen) am Hauptbahnhof ist ein wesentlicher Faktor für die Stadt Solingen. Hierzu bedarf es endlich eines regelmäßigen, intensiven und bestimmenden Austausches mit der Deutschen Bahn. Diesen will die BfS initiieren und dauerhaft etablieren. Ebenso ist die Aufrechterhaltung eines regelmäßigen Busverkehrs auch in Außenbezirken, am Wochenende und in den frühen Morgenstunden eine wesentliche Forderung der BfS. Die im Nahverkehrsplan festgelegte Erreichbarkeit (6.00 Uhr bis 22.00 Uhr), von Arbeitsstelle und Wohnung mit dem ÖPNV in Solingen ist für die BfS nicht erneut verhandelbar. Einer Taktreduzierung oder einer zusätzlichen Ausdünnung des Liniennetzes stimmt die BfS nicht zu.

Das Ziel der BfS ist es, die Substanz der Solinger Straßen grundsätzlich zu verbessern. Viele Baustellenampeln in der Stadt zeugen von schlechtem Zustand der Infrastruktur in Solingen. Auch mit Blick auf die erheblichen finanziellen Mehrbelastungen durch diese Notlösungen ist hier endlich ein Masterplan zur Sanierung der Infrastruktur auszuarbeiten und die dort festgelegten Arbeiten zeitnah umzusetzen.

Tourismus in Solingen

Wir haben um uns herum eine reizvolle Landschaft, historische Plätze und moderne Kunst, wir vereinen Tradition mit Fortschritt. Genau das ist es, was Menschen in diese Region lockt. Wir müssen uns auf diese Vorteile stärker besinnen und unsere Bemühungen intensivieren, die Vielfalt unserer Region als Eckpunkte des Tourismus in die Lande zu tragen. Das zieht Besucher in unsere Stadt, fördert Wirtschaft und Einnahmen und belebt unsere Innenstadt und die Neben-Centren. Dabei muss Solingen zu einem attraktiven Ziel, insbesondere für die Bürgerinnen und Bürger der großen Städte im Umland, werden.

Der Tourismus soll in den nächsten Jahren weiter mit der Bergischen Entwicklungsagentur (BEA) ausgebaut werden. Hauptaugenmerk ist hierbei auf die Tourismuszentren – wie zum Beispiel Müngsten, Burg und Gräfrath – zu richten. Gerade diese historisch interessanten Plätze sind in das Stadtbild integriert und durch den ÖPNV komplett erschlossen. Die Freizeitlinie der SWS, die in den Sommermonaten touristische Highlights im Stadtgebiet anfährt, soll unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgebaut werden. Die Belebung des historischen Stadtteils Burg, z.B. durch den Neubau der Jugendherberge auf dem ehemaligen Sportplatzgelände in Oberburg, und eine stärkere Anbindung an die Innenstadt sind weitere Ziele der BfS.

Aber auch der weitere Ausbau und die Attraktivierung der Korkenzieher-Trasse, etwa durch den Anschluss an die Wanderwege der Nachbarstädte wie zum Beispiel die Werkzeugtrasse und die Sambatrasse, will die BfS weiterverfolgen. Hierzu zählt ebenfalls eine weitergehende Beleuchtung und Beschilderung – das macht Solingen als Tourismusstandort interessant.

Events und Veranstaltungen sollen besser aufeinander abgestimmt werden. Dazu muss die Stadt Solingen beratend und koordinierend Hilfestellungen geben. Die Stadtverwaltung soll Events und Veranstaltungen ermöglichen und unterstützen, damit über einzelne und wiederkehrende Highlights unser Solingen lebens- und liebenswert bleibt. Dabei sind pragmatische Lösungen zu finden, auch damit die Kosten für die Veranstalter nicht aus dem Ruder laufen.

Ehrenamtliches Engagement – Solinger für Solingen

Solingen lebt von dem Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. In zahlreichen Bereichen sind Solingerinnen und Solinger engagiert - sei es in sozialen Bereichen, im Klima- und Umweltschutz, im Brauchtum, in kirchlichen Bereichen, in Initiativen oder in der Politik. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist eine wichtige Stütze der bürgerlichen Gemeinschaft in Solingen. Es ist gewünscht, ist gewollt und wird wertgeschätzt. Dabei darf ehrenamtliches

Engagement nicht als Ersatz für hauptamtliche Tätigkeiten herhalten. Ehrenamt ist kein Mittel für Einsparungen, sondern erweitert und bereichert die Möglichkeiten unserer Stadt.

Die Bürgergemeinschaft für Solingen (BfS) setzt sich für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in allen Bereichen ein. Sie sorgt für entsprechende Austauschmöglichkeiten, eine vernünftige Wertschätzung und Unterstützung aller bürgerschaftlich Engagierten und Interessierten in unserer Stadt. Mit einer „Ehrenamts-Card“ könnte die Vernetzung von ehrenamtlichen Aktivitäten und deren notwendige Wertschätzung flankierend begleitet werden.

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung für Solingen

Die BfS fordert zudem die Wiedereinführung des Ausschusses für Transparenz und Bürgerbeteiligung in der kommenden Ratsperiode. Zum einen hat sich der bisherige Beirat Bürgerbeteiligung als nicht funktionsfähig erwiesen, zudem gibt es in der Bevölkerung – mit Blick auf diverse Affären der vergangenen Zeit – einen erheblichen Vertrauensverlust in die kommunale Politik, dies kann nur mit 100%iger Transparenz wieder hergestellt werden.